



Wirtschaftspolitik

Aiwanger: "Der Stellenabbau bei Preh und Valeo ist ein Warnruf – wir arbeiten an Zukunftskonzepten für die Region"

05. Juli 2024

NEUSTADT AN DER SAALE Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat sich heute während eines runden Tisches zum geplanten Stellenabbau bei den Automobilzulieferern Preh und Valeo sowie der Firma Schindler im Kreis Rhön-Grabfeld für eine sozialverträgliche Lösung eingesetzt und ein Zukunftskonzept für die Region angekündigt. Nach Bekanntwerden der Pläne des Automobilzulieferers Preh, 420 Stellen zu streichen, hatte Aiwanger umgehend dafür plädiert, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen. Die Gespräche am Landratsamt Rhön-Grabfeld in Neustadt an der Saale bezeichnet der Minister als sehr konstruktiv. Aiwanger: "Der Stellenabbau bei Preh und Valeo ist ein schwerer Schlag für die Region und besonders bitter für die Beschäftigten. Sie müssen jetzt den Preis für den abrupten Stopp der Elektroautoförderung aus Berlin bezahlen. Seitdem hat sich die Gesamtlage für die Zulieferer im Bereich Elektromobilität massiv verschlechtert. Das haben die Gespräche heute wieder deutlich gemacht. Die industriepolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland führen zu immer mehr Problemen. Die Firmen reagieren mit Stellenabbau in Deutschland, weil die Wettbewerbsfähigkeit hierzulande immer weniger gegeben ist."

Sorge bereiten dem Minister die Rahmenbedingungen: hohe Energiekosten, Bürokratie und eine im internationalen Vergleich nicht mehr konkurrenzfähige Steuerbelastung. Aufgrund besonderer Herausforderungen im Rahmen der Transformation haben viele Unternehmen bereits Stellen abgebaut oder entsprechende Pläne angekündigt. "Die Gespräche heute haben auch gezeigt, dass wir als Volkswirtschaft den Wettbewerb wieder stärker in den Fokus nehmen müssen – Abläufe optimieren, und Mitarbeiter ständig weiterqualifizieren, damit wir mit anderen Arbeitsmärkten wieder mithalten können."

Besonders im überproportional durch Automobilindustrie geprägten Landkreis Rhön-

Grabfeld müssen jetzt auch Zukunftskonzepte entwickelt werden, um den Wohlstand in der Region zu sichern. Aiwanger zeigte sich optimistisch: "Es geht jetzt darum, in Zukunftsbranchen zu investieren und die Wirtschaft bei der Transformation zu unterstützen. Wir müssen uns am Markt orientiert wieder nach vorne arbeiten, mit modernster Technik, mit Digitalisierung, KI und auch Robotik. Ich bin mir sicher, dass das gelingt. Der Bund muss allerdings auch endlich die standortpolitischen Rahmenbedingungen verändern: Strompreis runter, Unternehmens- und Einkommensteuer runter, dafür Einsparungen bei Fehlentwicklungen im Bürgergeld für Arbeitsfähige."

Darüber hinaus werden Initiativen der Ansiedlungsagentur Invest in Bavaria, die dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist, nun gezielt ergänzt, um auch durch Neuansiedlungen neue Beschäftigungsperspektiven im Landkreis Rhön-Grabfeld und der gesamten Region zu schaffen. "Diese rund 1000 Menschen, die hier über mehrere Firmen hinweg freigesetzt werden, müssen wir im Bedarfsfall auch neu qualifizieren. Ich bin mir aber sicher, dass viele vor Ort bei anderen Firmen gebraucht werden, da ja viele händeringend Fachkräfte suchen. Und es entstehen aus dieser Krise heraus vielleicht sogar neue Firmen", so Aiwanger.

Ansprechpartner:
Bastian Brummer
Stellv. Pressesprecher

Pressemitteilung-Nr. 274/24



Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat sich heute während eines runden Tisches zum geplanten Stellenabbau bei Firmen im Kreis Rhön-Grabfeld für eine sozialverträgliche Lösung eingesetzt und ein Zukunftskonzept angekündigt. Das Bild zeigt (von rechts nach links): Innenstaatssekretär Sandro Kirchner, Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld, Thomas Habermann, Bürgermeister von Bad Neustadt an der Saale, Michael Werner, sowie MdL Steffen Vogel.
Foto: StMWi/Bastian Brummer